

F8 Haushalt für alle! – SPD muss auf Nachbesserungen drängen

Antragsteller*in: Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Haushaltsverhandlungen bedeuten, dass tausende und sogar Millionen von Euro von
2 einem Haushaltsposten zum anderen geschoben werden. Was sich an vielen Stellen
3 sehr trocken anhört, ist die weitreichendste politische Entscheidung, die der
4 Thüringer Landtag in diesem Jahr treffen wird. Denn der Ausgang der
5 Verhandlungen für den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 hat konkrete
6 Folgen weit über diese zwei Jahre hinaus. Er gibt die politische Richtung der
7 Brombeer-Koalition in den kommenden Jahren vor und offenbart die politischen
8 Prioritäten. Als Jusos können wir uns nicht darauf ausruhen, Kürzungen zu
9 verhindern. Bei steigender Inflation und Tarifierpassung bedeutet die fehlende
10 Erhöhung von Haushaltsmitteln in einem bestimmten Bereich insbesondere bei der
11 Förderung von Personalkosten wie im Jugend- und Sozialbereich in Wirklichkeit
12 eine Kürzung der realen Leistungen und Mittel. Die geplante sogenannte "globale
13 Minderausgabe" entfaltet zudem eine verheerende Wirkung: 210 Millionen Euro
14 sollen am Jahresende im Haushalt eingespart werden, aber der
15 Haushaltsgesetzgeber sagt nicht wo. Das ist nicht nur unseriös und politisch
16 feige, es bedeutet auch eine erhebliche Unsicherheit für Fördermittel. Ob diese
17 tatsächlich durch das jeweilige Ministerium bewilligt werden oder nicht, ist
18 dann trotz Beschluss des Haushalts weiter unklar. Die notwendige
19 Planungssicherheit für Vereine und Verbände sieht anders aus!

Geld in die Kommunen, aber richtig!

21 Wir lehnen in der derzeitigen Form das geplante kreditfinanzierte
22 Investitionsprogramm über 1 Mrd. Euro das Kommunal-Invest-Programm für alle
23 Thüringer Gemeinden ab. Teilweise reden wir hier für Klein- und Kleinstgemeinden
24 von maximal 20 Tsd. Euro. Damit wird praktisch keine Investition in die Zukunft
25 möglich sein, hier wird Geld eher verbrannt. Mit solch kleinen Beträgen lassen
26 sich vor Ort keine sinnvollen Projekte realisieren. Es handelt sich lediglich um
27 Symbolpolitik. Hier wäre es sinnvoller, über einen Fonds umfassende
28 Zukunftsprojekte zu finanzieren. Stattdessen wird das Geld so kleinteilig
29 aufgeteilt, dass zwar jeder etwas vom Kuchen abbekommt, aber trotzdem niemand
30 satt wird. Dafür sind die Stücke schlichtweg zu klein.

Wir Jusos Thüringen halten diese Entscheidung für verfehlte Haushaltspolitik. Nicht, weil wir nicht jeder Gemeinde mehr finanzielle Spielräume gönnen und wünschen, sondern weil es sich hierbei nicht um eine zielgerichtete, nachhaltige und damit sinnvolle Aufnahme von Schulden handelt. Wenn diese Entscheidung durch den Thüringer Landtag getroffen wird, wird dies die finanziellen Möglichkeiten der Landesregierung in den kommenden Jahrzehnten massiv einschränken und unter anderem die Debatten über Kürzungen im sozialen Bereich weiter anheizen. Als SPD Thüringen begrüßen wir grundsätzlich Investitionen und insbesondere auch die Aufnahme von dafür benötigten Schulden, um die notwendigen, zielgerichteten und sinnvollen Maßnahmen umsetzen zu können. Diese durch die Landesregierung im Haushaltsentwurf veranschlagte Aufteilung der Investitionsmittel und die dafür benötigte Verwendung von Mitteln halten wir für unseriös und lehnen sie daher ab.

Keine Kürzungen bei Präventions- und Beratungsarbeit!

„Ein Haushalt, der in die Zukunft investiert“ - damit bewirbt Mario Voigt den aktuellen Haushaltsentwurf. In der Zukunft, in der Mario Voigt lebt, scheinen Förderprojekte zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTIQ* und Antidiskriminierungsarbeit keinen besonderen Stellenwert mehr zu haben. So sieht der Entwurf in diesen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen - von einem sowieso schon nicht ausreichenden Niveau - immense Kürzungen von 180.000 Euro in 2026 und weitere Kürzungen vor. Damit stehen wichtige Projekte vor ihrem finanziellen Ende, Aufklärungs- und Bildungsarbeit werden verhindert, Schutzräume geschwächt und Beratungsstrukturen, wie etwa elly, die Beratungsstelle gegen HateSpeech, der eine Kürzung um 85.000 Euro droht, destabilisiert und die gesellschaftliche Vielfalt zum haushaltspolitischen Spielball gemacht.

Die Brombeer-Regierung sendet unterschiedliche politische Signale, so auch an dieser Stelle. So sollen die Mittel für elly 2027 wieder um 76 Tsd. Euro ansteigen. Damit liegt man noch nicht wieder beim derzeitigen Stand. Eine politische Lenkungswirkung lässt sich durch dieses Kürzen und dann wieder Erhöhen des Budgets unserer Meinung nach nicht erkennen, vielmehr wirken die Zahlen gewürfelt.

Wir fordern, dass die Mittel für die Beratungsstelle elly im Doppelhaushalt auf dem derzeitigen Stand inklusive Inflationsbereinigung gesetzt werden. Solange politische Entscheidungsträger es nicht schaffen, wirksame Regelungen zur Verhinderung von Hatespeech im Netz zu implementieren, ist es unsere Aufgabe, die Betroffenen zumindest zu unterstützen. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel unerlässlich. Es kann nicht sein, dass eine Schutzpflicht weggespart wird!

Wir sagen deutlich: An diesen wichtigen Unterstützungsstrukturen darf nicht gekürzt werden. Förderung von zivilgesellschaftlicher Vielfalt und Engagement

darf nicht eingestellt werden. Es wäre ein fatales Signal. Für uns als Partei ist klar: Demokratie ist kein Luxus, sondern öffentliche Daseinsvorsorge für eine freie Gesellschaft. Deswegen fordern wir die Rücknahme der Kürzungen und die Verstetigung auf das Niveau des Vorjahres zuzüglich eines angemessenen Inflationsausgleichs, damit Beratungsangebote, Koordinierungsstellen und die demokratiefördernde Infrastruktur zuverlässig arbeiten können.

Gegen das Zwei-Klassen-Bildungssystem!

Die Landesregierung kümmert sich - jedenfalls laut der Haushaltszahlen - lieber um Privatschulen als um die öffentlichen Schulen, für die sie direkte Verantwortlichkeiten trägt. Es kann nicht sein, dass die Schulen in freier Trägerschaft jedes Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen vom Land bezuschusst werden, während dringend benötigte Investitionen in den öffentlichen Schulen auf sich warten lassen. Darüber hinaus plant die Landesregierung eine weitere Erhöhung der Zuschüsse um 26 Mio. Euro im kommenden Jahr und weitere 9 Mio. Euro in 2027. Hier werden weitere Anreize für ein Zwei-Klassen-Bildungssystem geschaffen, welches wir grundsätzlich ablehnen. Freie Schulen dürfen nicht besser gestellt werden als öffentliche Schulen. Steuergelder müssen für mehr Investitionen in die beste öffentliche Bildung eingesetzt werden. Wir erwarten hier eine deutliche Korrektur durch die SPD-Fraktion in den kommenden Haushaltsverhandlungen.

Stattdessen braucht es Mittel für die Schaffung und Ausfinanzierung eines Kindergartentransformationsfonds.

Keine Kürzungen bei Arbeit und Jugend!

Außerdem wird das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ um 3 Mio. Euro, also nahezu 30 % eingekürzt. Das halten wir bei einer schwierigen Arbeitsmarktsituation für schlichtweg unverantwortlich. Wir erwarten, dass die SPD hier ihrer Selbstbeschreibung als Partei der Arbeit gerecht wird und sich mindestens für einen Erhalt der Finanzmittel in der jetzigen Höhe einsetzt.

Wir erwarten außerdem echte finanzielle Unterstützung zum Erhalt von Strukturen im ländlichen Raum und die finanzielle Unterstützung von jungen Menschen. Wir nehmen es nicht mehr länger hin, dass Jungsein und sich in der Ausbildung befinden ein Armutsrisiko ist. Deswegen müssen jetzt die finanziellen Mittel eingestellt werden, um unter Beteiligung der Betriebe ein Azubi-Ticket für Thüringen einzuführen.

In Thüringen ist die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss besonders hoch. Die CDU sagt immer wieder, dass sie hier Verbesserungen erzielen will. Eine Maßnahme dafür wäre, die Schulsozialarbeit in Thüringen zu stärken. Der

vorgelegte Haushalt sieht hier jedoch sogar eine Kürzung vor. Hierbei handelt es sich zwar praktisch „nur“ um eine Kürzung um 400 Tsd. Euro, wenn man jedoch die regulären Lohnsteigerungen berücksichtigt, ist diese Kürzung für die nächsten zwei Jahre ziemlich dramatisch. Vor allem, da alle Studien und auch in allen politischen Sonntagsreden immer darauf hingewiesen wird, wie wichtig Schulsozialarbeit ist. Besonders vor dem Hintergrund, dass es bisher Schulsozialarbeit nur für jede zweite Schule in Thüringen gibt, braucht es mehr Geld des Landes zum Ausbau der Schulsozialarbeit.

Darüber hinaus fordern wir die Schaffung neuer Stellen im Thüringer Studierendenwerk, um die derzeitigen jahrelangen Wartezeiten auf die Bewilligung oder Ablehnung eines Bafög-Bescheids zu beenden. Wir fordern die SPD-Fraktion auf, sich dafür vehement einzusetzen.

Abschiebehaft - ein Prestigeprojekt ohne Nutzen

Die Brombeerregierung hat sich die Einrichtung einer eigenen Abschiebehaftanstalt zu ihrem zweifelhaften Prestigeprojekt gemacht. Als SPD lehnen wir Abschiebehafteinrichtungen grundsätzlich ab. Dazu kommt, dass angesichts des rückläufigen und sowieso schon bundesweit verhältnismäßig geringen Migrationsaufkommens die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung insgesamt in Frage steht. Doch nun werden 1,8 Mio. Euro jährlich für diese Einrichtung verschwendet, anstatt - wie es die vorangegangenen Landesregierungen getan haben - für deutlich weniger Geld Plätze in anderen Bundesländern anzumieten. Es handelt sich hierbei ausschließlich um populistische Schaufensterpolitik, die keinen Mehrwert bietet.

Ankerzentren statt Integration

Neben der Schaffung einer Abschiebehaftanstalt hat die Brombeer-Regierung es sich zur Aufgabe gemacht, die Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen zu faktischen Ankerzentren auszubauen. Dies kostet uns im nächsten Jahr 10 Mio. Euro und 2027 sogar 20 Mio. Euro. Zusätzlich dazu fallen für die Bewirtschaftung und Anmietung dieser neuen Gebäude über 100 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre an. Das ist nicht weniger als aberwitzig, da sich zum Beispiel die derzeitige Einrichtung in Eisenberg in Landesbesitz befindet und erst im Jahr 2024 4,8 Mio. Euro für eine Erweiterung ausgegeben wurden. Damit das menschenfeindliche Asylsystem ausgebaut werden kann, fehlen die Gelder, um in Projekte zu investieren, die ein gutes Ankommen für Geflüchtete in Thüringen und eine nachhaltige Integration ermöglichen. Deshalb plant die Landesregierung Kürzungen in der Sozialberatung und bei Integrationsprojekten in Höhe von sechs Mio. Euro. Damit verkennet die Brombeer-Koalition die Notwendigkeit von Integration in den Freistaat, die sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der immer weniger werdenden Bevölkerung in Thüringen weiter verschärft. Es braucht junge Menschen in Thüringen, und Migration ist dafür ein Mittel. Wenn die Landesregierung ihren

Kurs aber beibehält, dann sieht die Zukunft des Freistaats wortwörtlich alt aus.

Gleichzeitig setzt die Brombeere somit ohne Not AfD-Politik um und liefert den Faschist:innen Auftrieb. Dabei war es doch einst einmal das Ziel und Zweck der Regierung, eine Koalition zu bilden, um die AfD von den Hebeln der Macht fernzuhalten. Dieser Aufgabe muss die Koalition nachkommen, ansonsten stellt sich die Frage nach der Grundlage der Regierung.

Wir fordern insbesondere die SPD-Landtagsfraktion und die Minister:innen der SPD in der Landesregierung dazu auf, sich gegen diese Pläne auszusprechen.

SPD muss rote Linien ziehen!

Dieser Haushaltsentwurf enthält viele Punkte, die die SPD Thüringen nicht mittragen kann und darf. Gleichzeitig fehlt die deutliche Spur eines sozialdemokratischen Stempels in diesem Haushalt. Die mit dem Doppelhaushalt vorgezeichnete politische Schlagrichtung und die offenbarten Schwerpunktsetzungen lehnen wir als SPD Thüringen ab und erwarten von der SPD-Fraktion deutliche Nachbesserungen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der Kompromissfindung in Haushaltsverhandlungen, insbesondere mit diesen beiden Koalitionspartnern, bewusst. Dennoch appellieren wir an die SPD-Fraktion im Landtag, sich gemeinsam mit der Fraktion der Linken als einziger demokratischer Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag für die Stärkung sozialpolitischer und gemeinwohlorientierter Projekte einzusetzen. Es darf kein weiteres Geld für sinnlose populistische Prestigeprojekte geben! Das Geld muss dort ausgegeben werden, wo es wirklich gebraucht wird: für Projekte, die das Leben der Thüringer:innen tatsächlich verbessern.

Wir fordern die SPD-Fraktion dazu auf, auf die Linke zuzugehen und gemeinsam für einen Haushalt mit deutlicher sozialer Handschrift zu kämpfen. Nicht nur, weil das gebraucht wird, sondern auch, weil nur das der Weg sein kann, um sicherzustellen, dass der Haushalt die benötigte Mehrheit unter den demokratischen Fraktionen im Landtag findet. Eine Verabschiedung des Haushalts mit den Stimmen der faschistischen AfD darf es nicht geben - das einzuhalten, muss zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Sollte es doch dazu kommen, muss das zur Konsequenz haben, dass die SPD die Koalition unverzüglich verlässt.